

Nach dem Erdbeben

Japaner danken für Beistand aus Nordrhein-Westfalen

Der japanische Generalkonsul in Düsseldorf, Teruyoshi Inagawa, hat Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe und dem Landtag den Dank des japanischen Parlaments für die Unterstützung und Anteilnahme übermittelt, die sie sowie viele Bürgerinnen und Bürger Nordrhein-Westfalens den Opfern der Erdbebenkatastrophe in seinem Land haben zukommen lassen.

Der Generalkonsul ließ dem Landtag gleichzeitig eine Resolution seines Parlaments, der sich der japanische Ministerpräsident Murayama angeschlossen hat, mit dem Ausdruck der Dankbarkeit für Unterstützung und Beistand seitens der internationalen Gemeinschaft nach dem großen Erdbeben im Hanshin-Gebiet zusenden. In der Resolution heißt es u.a., das große Erdbeben, das den südlichen Teil der Präfektur Hyogo in den frühen Morgenstunden des 17. Januar stark erschüttert habe, habe eine Verwüstung unvorstellbaren Ausmaßes angerichtet. „Aus der ganzen Welt wurden uns Unterstützung und Beistand, verbunden mit Sympathiebezeugungen und aufrichtiger Anteilnahme entgegengebracht. Dieses Wohlwollen hat uns alle, die wir von dem Erdbeben heimgesucht wurden und auch davon verschont blieben, Hoffnung gegeben und die Entschlußkraft verliehen, uns aus den Ruinen zu erheben und einen neuen Anfang zu machen.“

Landtagsandacht

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Helmuth Koegele-Dorfs, sowie der Leiter des Katholischen Büros, Augustinus Henckel-Donnersmarck, laden zur nächsten Landtagsandacht im Landesparlament ein. Die Andacht findet am Donnerstag, 30. März, um 9:15 Uhr im Raum E3 Z04 des Landtagsgebäudes statt.

LANDTAG INTERN

Herausgeberin: Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ingeborg Friebe
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,
Postfach 101143, 40002 Düsseldorf

Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur),
Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Telefon: (0211) 8842303,
8842304 und 8842545, btx: *56801#, FAX
8843022

Ständiger Berater der Herausgeberin für „Landtag intern“: Friedhelm Geraedts, Pressesprecher des Landtags

Redaktionsbeirat: Birgit Fischer MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin; Heinz Hardt MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Hagen Tsochoelisch MdL (F.D.P.), Parlamentarischer Geschäftsführer; Beate Scheffler (GRÜNE), Abgeordnete; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent; Joachim Ludewig (CDU), Pressesprecher; Ulrich Marten (F.D.P.), Pressesprecher; Werner Stürmann (GRÜNE), Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten
Herstellung: Tritsch Druck und Verlag, Düsseldorf
ISSN 0934-9154

LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Porträt der Woche



Bärbel Höhn (GRÜNE)

Links denken und als „Reala“ handeln, diesen Spagat vollzieht Bärbel Höhn seit ihrem Einzug in den Landtag 1990. Die Fraktions-sprecherin gehört parteiintern dem „Linken Forum“ an, hat aber mit Fundamentalisten und deren konsequenter Ablehnung von Regierungsbeteiligung nichts am Hut. Im Gegenteil: Die rot-grüne Koalition nach der Landtagswahl ist ihr erklärtes Ziel. „Linkssein“ ist für Bärbel Höhn heute wichtiger denn je. Es bedeute ein deutliches Bekenntnis gegen die aggressiver werdende Elbbo-gengesellschaft.

Ihre politischen Wurzeln sieht die Abgeordnete in den 68er Studentenprotesten. Zu deren Hochzeit drückte sie zwar noch in einem beschaulichen Städtchen Schleswig-Holsteins die Schulbank. Doch mit dem Mathematik- und Volkswirtschaftsstudium in Kiel ging es dann ab 1971 richtig los: Teilnahme an Demos gegen den Vietnamkrieg, gegen die Erhöhung der Straßenbahntarife und später dann gegen das AKW in Brokdorf. Zu den organisierten linken Studentengruppen hielt Bärbel Höhn wegen deren Intoleranz indes Abstand, trotz programmatischer Sympathie. Auch die endlosen Theorieebatten unter den Linken hatten Höhn wenig gelangweilt, stattdessen setzte sie stets auf konkrete Projektarbeit. Daß sie als Oberhausener Stadträtin mit einer Bürgerinitiative gegen die Stadt den Bau eines Kindergartens erzwang, verbucht sie bis heute als einen wichtigen politischen wie persönlichen Erfolg.

Nach Nordrhein-Westfalen kam die gebürtige Flensburgerin 1978. Als Diplom-Mathematikerin arbeitete sie im Rechenzentrum der Gesamthochschule Duisburg. 1984 kam sie über die Wählergemeinschaft Bunte Liste in den Oberhausener Stadtrat und wurde nach der Aufstellung als Direktkandidatin für die Landtagswahl 1985 Mitglied der Grünen. Der Wohnort in der Nähe einer Kokerei, die Erkrankung eines ihrer beiden Kinder beim Umzug ins Ruhrgebiet, das alles führte zu wachsendem Engagement gegen Schadstoffemissionen jeglicher Art. In der Partei profilierte sich Bärbel Höhn vor allem durch die Organisation von Widerstand gegen Müllverbrennungsanlagen. Als dann die Abfallpolitik 1990 zentrales Wahlkampfthema der Grünen wurde, wählte die Partei Bärbel Höhn zur Spitzenkandidatin. Am liebsten wäre sie mit einer reinen Frauen-Crew in den Landtag eingezogen, doch da machte die Parteibasis nicht mit. Kaum Probleme gab es hingegen nach dem knappen Überspringen der Fünf-Prozent-Hürde bei der Wahl zur Fraktions-sprecherin. Zu ihrem eigenen Bedauern gelangte sie aus fraktionsinternen Gründen nicht in den Umweltausschuß, der für „ihr Thema“, die Müllverbrennung, fachlich zuständig ist. Gleichwohl ergreift sie zu dem Thema im Plenum gerne das Wort und liefert sich insbesondere mit Umweltminister Matthiesen erbitterte Wortgefechte. Der ist für die Abgeordnete ein „rotes Tuch“, an dem man sich „abarbeiten“ müsse. Ihre Ablehnung der Müllverbrennung vertritt sie kompromißloser als mancher Fraktionskollege vom „Realo-Flügel“. Insbesondere zum grünen „Medien-Star“ Michael Vesper steht Bärbel Höhn in einem latenten fraktionsinternen

Konkurrenzverhältnis. „Wir fühlen uns wie ein altes Ehepaar“, sagt die Abgeordnete augenzwinkernd. „Wir schätzen uns, aber wir lieben uns nicht.“ Gleichwohl kritisiert sie unverhohlen, daß Vesper manchmal „zu sehr an seine Person“ denke, während sie sich selbst mehr „der Gruppe verpflichtet“ fühle.

Jenseits der Umweltpolitik interessiert sich die Abgeordnete am meisten für Entwicklungspolitik. „Global denken, lokal handeln“, unter dieser Devise will sie die Weltprobleme auch zur Sache von Landespolitik machen. Nicht ohne Stolz erinnert sie daran, daß auf ihre Initiative im Hauptausschuß hin SPD-Landesregierung und SPD-Fraktion 1,5 Millionen Mark für vergewaltigte Frauen im ehemaligen Jugoslawien bereitgestellt hätten.

Nach fünf Jahren Parlamentserfahrung glaubt Bärbel Höhn allmählich die Spielregeln zu kennen. Anfangs, so gesteht sie freimütig ein, sei sie unsicher gewesen, ob sie denn die Spitzenposition in der Fraktion überhaupt ausfüllen könne. Wegen mangelnder Erfahrung fühlte sie sich den „Altprofis“ der anderen Parteien oft unterlegen. Als Fraktions-sprecherin sah sie sich häufig zu Antworten auf nahezu alle Debattenthemen gedrängt, und dabei zwangsläufig produzierte „Sprechblasen“ liefen ihrem Anspruch auf Debattenniveau zuwider. Doch das Ausreizen der eigenen Grenzen war für Bärbel Höhn stets eine treibende Kraft. Auch das „äußerst schwere Mathe-Studium“ habe sie seiner Zeit nicht zuletzt gerade begonnen, „weil es so schwer war“.

Heute sind die Anlaufprobleme überwunden. Bärbel Höhn hat sich manchem Parlamentsritual unterworfen und wird trotz aller leidenschaftlichen und demonstrativen Widerspenstigkeit zunehmend auch von den anderen Parteien anerkannt. An ihrem Mandat reizt sie die Verknüpfung von politischer Arbeit im Parlament und dem Gespräch mit Bürgern und Bürgerinitiativen vor Ort. Am liebsten würde sie natürlich Umweltministerin werden. Doch, hier ganz als „Reala“ denkend, fügt sie hinzu: „Es gibt auch andere wichtige Positionen.“

Richard Hofer

(Das namentlich gekennzeichnete „Porträt der Woche“ ist Text eines jeweiligen Gastautors und muß nicht immer mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen)